

Der Gefellschaffer

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold
Nagolder Tagblatt

Bestellpreis Zeitung im
Oberamtsbezirk. — Zu-
sagen sind daher von
bestimmtem Erfolg.

Es wird keine Gewähr be-
zogen, dass die Anzeigen
über die Aufnahme in den
bestimmten Kreis erfolgen.
In Fällen von besonderer
Wichtigkeit wird die Aufnahme
auf Verlangen der Zeitung aber
auch außerhalb des Bezirkes
für eine Zeitdauer mit
bestimmter Gewähr übernommen.

Telegraphische Adressen:
Gefellschaffer Nagold
Postfachkonto:
Stuttgart 5113.

Begründet 1826

Verlagspreis 20

Nr. 81

Donnerstag den 8. April 1920

94. Jahrgang

Der Einmarsch der Franzosen, ein brutaler Eingriff in das deutsche Gefühls- u. Wirtschaftsleben.

Die deutsche Protestnote.

Berlin, 7. April. Der deutsche Gesandtschaftsrat in Paris ist angewiesen worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Durch Note vom 6. ds. Mts. hat die französische Regierung meiner Regierung mitteilen lassen, daß der kommandierende General der Rheinarmee Befehl erhalten hat, sofort die Städte Frankfurt, Gumburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg zu besetzen, weil dem französischen Vorgehen der Zurückziehung der unbedeutend in die neutrale Zone einmarschierten deutschen Wehrkräfte nicht entsprochen worden sei. Die französische Regierung hat hinzugefügt, daß die Besetzung der Städte erforderlich werde, sobald die deutschen Truppen die neutrale Zone vollständig geräumt hätten. Noch bevor die Note übergeben war, ist die Besetzung der bezeichneten Städte tatsächlich erfolgt. Wenn trotzdem kein Blut vergossen worden ist, so ist dies der deutschen Regierung zu verdanken, welche zur Vermeidung noch schwererer Unglücks den Befehl gab, dem Vormarsch keinen Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung tritt aber gegen das Vorgehen der französischen Armee im Namen des Rechts, der Vernunft und der Menschlichkeit die schärfste Verwahrung ein. Sie will nicht mit der französischen Regierung darüber rechten, ob eine Verletzung des Wortlauts der Artikel 42 bis 44 des Friedensvertrags und seiner ergänzenden Abmachungen überhaupt vorliegt. Es kann unendlich die Absicht des Vertrags von Versailles gewesen sein, Deutschland zu verhindern, in einem Teil seines Gebietes die Ordnung, welche durch Ränder- und Mäuerbündnisse auf das schärfste gesichert worden ist, so rasch wie möglich wieder herzustellen. Eine solche Aktion ist, auch wenn sie wegen des Umfangs der Bewegung unter Aufhebung militärischer Kräfte ausgeführt werden muß, nichts anderes als eine polizeuliche Maßnahme. Die Bewegung im Ruhrgebiet, deren Gefahr leider auch jetzt noch im Ausland und insbesondere in Frankreich nicht klar erkannt wird, hätte, wenn ihr nicht rasch entgegengetreten worden wäre, den Bestand der Republik innerpolitisch sowie wirtschaftlich von neuem auf das schwerste erschüttert. Wenn bei der französischen Regierung die Meinung zu herrschen scheint, daß eine derartige Aktion im Ruhrgebiet überhaupt überflüssig gewesen sei, so darf demgegenüber die Frage aufgeworfen werden, aus welchen Gründen die jetzige deutsche Regierung zu einer solchen Aktion sich entschlossen haben sollte, wenn sie sich nicht in der bittersten Notlage gefühlt hätte. Besseres Erbes trägt sie allein die Verantwortung für das Leben und die Wohlfahrt ihrer Volksgenossen und sie muß für sich in Anspruch nehmen, daß sie die Verhältnisse in ihrem eigenen Lande klar beurteilen kann als irgendwelche fremde Organe, die hier überläßt durch unrichtige oder unvollständige Informationen eine abweichende Meinung geäußert haben. Sie hätte unehrenhaft gehandelt, wenn sie länger angezogen hätte in der optimistischen Hoffnung, daß die Aufbruchbewegung im Ruhrgebiet auch ohne militärische Eingriffe ihr Ende finden würde. Die Ereignisse haben ihre auch bisher recht gegeben. Überall dort, wo Truppen hingelangt sind, ist die Bewegung rasch zusammengebrochen. Wo in dem Ruhrgebiet die Truppen bisher nicht hingekommen sind, haben die Pläne des Aufbruchs noch fort. Insbesondere ist auch, abgesehen von dem Silberfeld-Hagener Bezirk, eine massenhafte neuwertige Ausrüstung von Waffen nur an den Orten zu bemerken gewesen, welche in den Bereich der Truppen gekommen sind. Die Besatzungen, die von alliierter Seite geschickt worden sind, daß gerade das Einrücken von Truppen die Unruhe verstärken und zur Verhinderung wichtiger gewerblicher Anlagen führen würde, haben sich bisher nicht bestätigt. Die deutsche Regierung hat nicht anders handeln können, als sie getan hat. Der Gedanke, daß die Entsendung von Truppen in das Aufstandsgebiet irgendwie eine Bedrohung von Frankreich in sich schließen könnte, ist so absurd, daß er einer Widerlegung nicht bedarf. Dem Weltfrieden aber wird durch nichts besser gedient, als wenn jeder Staat innerhalb seiner Grenze geordnete Zustände aufrecht erhält. Deutschland darf demnach in keiner Weise die Verantwortung der Standpunkte vertreten werden, daß eine vorläufige Verletzung des Friedensvertrags, die eine Verantwortlichkeit der deutschen Regierung im Sinne des Vertrags begründen könnte, überhaupt nicht vorliegt. Selbst wenn aber eine solche Verletzung begangen worden wäre, so würde dadurch der von der französischen Regierung jetzt vorgenommene militärische Gewaltakt noch nicht gerechtfertigt.

Als sich die alliierten und assoziierten Regierungen in dem Entwurf eines Protokolls über die angebliebenen Verletzungen des Waffenstillstandes auch für die Zeit nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrags alle militärischen und anderen Maßnahmen vorbehalten wollten, haben die deutschen Untertänigler darauf hingewiesen, daß ein derartiger Vorbehalt mit dem Friedenszustand nicht vereinbar wäre. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben daraufhin in ihrer Note vom 8. Dezember d. Js. anerkannt, daß sich

vom Eintreten des Friedenszustandes an die Folgen einer etwaigen Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen nur nach den allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrags, sowie nach den vom Völkerrecht anerkannten gesetzlichen Verfahrensarten bestimmen sollten. Damit steht das jetzige Vorgehen der französischen Regierung im schroffsten Widerspruch. Der Friedensvertrag sieht an seiner Stelle das Recht einer Signaturmacht vor, die Nichterfüllung einer vertraglichen Erfüllung seitens Deutschlands ohne weiteres mit dem militärischen Einmarsch in deutsches Gebiet zu beantworten. Uebrigens hat sich aber die französische Regierung über grundlegende Bestimmungen der Völkerverträge hinweggesetzt, die einen integrierenden Bestandteil des Friedensvertrags bilden.

Wenn die französische Regierung das deutsche Vorgehen tatsächlich als den Versuch einer Störung des Weltfriedens ansehen zu können glaubt, so hätte dies gemäß dem Völkervertrag als eine Angelegenheit des ganzen Bundes behandelt werden müssen. Die Lösung einer derartigen Streitfrage zwischen einem Mitglied und einem Nichtmitglied des Bundes dürfte nicht ohne weiteres mit Gewalt, sondern zunächst nur im internationalen Schlichtungsverfahren versucht werden.

Zum Schluß muß die deutsche Regierung mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, daß die von der französischen Regierung ergriffenen militärischen Zwangsmaßnahmen notwendigerweise die schwersten Folgen in politischer und wirtschaftlicher Beziehung haben werden. Zwar berechtigt, wie bereits in der Note vom 4. ds. Mts. mitgeteilt worden ist, der bisherige Verlauf zu der Hoffnung, daß die über das bisher zugelaufene Maß in die neutrale Zone eingerückten Truppen innerhalb weniger Tage zurückgezogen werden können. Damit würde, nach der Erklärung der französischen Regierung, die jetzt vorgenommene neue Besetzung ohne weiteres ihr Ende erreichen. Ihre Folgen wären aber damit nicht beseitigt. Es ist für jede Regierung in Deutschland nicht möglich, in dem unglücklichen, von tiefen Erschütterungen immer wieder betroffenen Lande Ruhe und Ordnung herzustellen und aufrecht zu erhalten, wenn sie auf Schreck und Ertz bei ihren bisherigen Feinden einem ungerückscherten Argwohn begegnet und immer erneuten Drangsalen ausgelegt bleibt und wenn das deutsche Wirtschaftsleben Störungen, wie sie die Besetzung politisch und wirtschaftlich so wichtiger Hauptplätze mit sich bringt, ausgeht wird.

Die deutsche Regierung hat es beklüßigt, daß auch die französische Regierung gerade in der letzten Zeit zur Annahme einer Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiet bereit zu sein schien. Wie können solche für den Wiederaufbau Europas wichtigen Gedanken in die Tat umgesetzt werden, wenn gleichzeitig die französische Armee in Deutschland einmarschiert und dadurch tiefe Erregung und Erbitterung in das deutsche Volk hineinträgt? Was dem deutschen Volk vor allem not tut, ist Ruhe. Nur dann kann sich die Arbeitsleistung so weit heben, daß das Volk leben und die schweren Verpflichtungen des Friedensvertrags erfüllen kann.

Aufruf an die Bevölkerung der von den Franzosen besetzten Städte.

Berlin, 6. April. An die Bevölkerung der Städte und Ortschaften, die von den Franzosen als Repressalie gegen unsere Volkseinigkeit im Ruhrgebiet belegt sind, hat die Reichsregierung den nachstehenden Aufruf gerichtet:

An die Bevölkerung der von den Franzosen besetzten Städte!

Um die Leiden von Hunderttausenden abzumildern, die im Ruhrgebiet der speyerischen Räuerei von Exzessbanden ausgeliefert waren, hat die Reichsregierung dorthin Truppen entsandt. Die Genehmigung der Entsende war nicht erteilt worden, obwohl die Reichsregierung die bitterste Notwendigkeit hierfür eindringlich dargelegt hatte. Im ganzen sind dort noch nicht 14000 Mann zusammengezogen, also ganz genau die Zahl, welche uns des Abkommens mit der Entsende erlaubt. Trotzdem hat Frankreich in der Entsendung dieser Truppen einen Bruch des Friedensvertrags gesehen und eine Gefährdung des Weltfriedens.

Diese Behauptung richtet sich angesichts der lächerlich kleinen Truppenmenge von selbst. Frankreich aber hat es mit dem Friedenszustand für vereinbar gehalten, blühende deutsche Städte als Repressalie zu besetzen. Unerbittlich ist mit dem Weltfrieden nie gespielt worden als es Frankreich tut. Die Reichsregierung weiß, daß die Landbevölkerung der schwer betroffenen Städte und Landstriche die Notwendigkeit verstehen und bekräftigen, daß im Ruhrgebiet Ordnung geschaffen wird, damit das deutsche Wirtschaftsleben nicht aus Kohlenmangel zu Grunde geht.

Daß ein hanbergischer Begruet sie zum Opfer seiner Sympathie macht, fällt auf ihn allein. Die Reichsregierung wird alles tun, um die Leidenszeit des Mangones abzumildern, aber sie weiß, daß sie mit der Schweregeprüften überlebenden Bevölkerung eines Sinnes ist, daß wir Deutschland auch auf diesem stillig angelegten Weg nicht zurückweichen lassen. Wir werden den juristischen Kräften und brutalen Vergewaltigungen den einzigen Willen entgegensetzen: ein einiges Volk zu sein und zu bleiben.

Berlin, den 6. April 1920. Die Reichsregierung (ges.) Müller, Reichstanzler.

Die französische Rechtfertigung.

Paris, 6. April. Eine Verlautbarung des Oberkommandierenden der alliierten Besatzungstruppen an die Bevölkerung besagt: Die Berliner Regierung hat unter dem Druck der Militärpartei eine plötzliche Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterchaft des Ruhrgebietes angeordnet. Dadurch hat sie eine der wesentlichsten und feierlichsten Bestimmungen des Friedensvertrages verletzt. Im Verlauf der bis heute währenden Verhandlungen war die französische Regierung stets bemüht, die deutsche Regierung von jedem militärischen Vorgehen, das mit einiger Aussicht hätte vermeiden werden können, abzuhalten. Nichtbestimmungen sind die Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet eingerückt. Die Regierung der französischen Republik sieht sich daher gezwungen, sich ein Pfand zu sichern, damit die Berliner Regierung ihrer Unterschrift nachkomme. Deshalb habe ich den Befehl erhalten, die Städte Frankfurt a. M., Gumburg, Hanau, Darmstadt und Dieburg zu besetzen. In diesem Augenblick halte ich es für notwendig, zu erklären, daß diese Besetzung keine feindselige Handlung gegen die arbeitssame Bevölkerung dieses Gebietes bedeutet. Sie hat lediglich den Zweck, die Ausführung des Vertrags zu sichern und wird aufhören, sobald die Reichswehrtruppen die neutrale Zone vollständig geräumt haben.

Deutsche Protestnoten.

Berlin. Zur Besetzung von Frankfurt a. M., Darmstadt, Hanau und anderen deutschen Städten durch die Franzosen schreibt das „Berliner Tagblatt“: In Frankreich sind die Verhältnisse genau so, wie es die Geister während langer Jahre in Deutschland waren, durch den Militarismus undurchsichtig u. unempfindlich für Vernunft und Wahrheit gemacht. General Degoutte darf nicht meinen, er könne die Arbeiterchaft der von ihm im Frieden eroberten unversetzten Städte gewinnen, indem er ihnen von einer deutschen Militärpartei erzählt. Als Beschützer von Räubern und Exzessieren präsentieren sich Müllerand, seine Regierung und Volksgläubiger der Welt. Die Regierungen, die ihnen laut und schweigend zustimmen, sind mitschuldig, wenn Bolschewismus, extremer Radikalismus und anarchisches Verbrechen Schadenfreude als jemals sind. Die Franzosen werden erkennen müssen, daß der Weg nach Frankfurt a. M. zwar mit Lorbeeren bedeckt, aber doch ein Irreweg war.

Die „Kölnische Zeitung“ sagt: Die deutsch-französischen Beziehungen können nur besser werden, wenn der Verständigungswille Deutschlands und sein offenes und wahrhaftes Vorgehen die Besorgnisse der französischen Staatsmänner zerstreuen und die Argumente der französischen Militärs zurückweisen können.

Die „Berliner Morgenpost“ führt aus: Frankreich klammert sich in verblendeter Angst noch immer an den Buchstaben des Vertrags. Wie die Franzosen die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands verkennen, so verkennen sie auch ihre eigenen.

Der „Vorwärts“ erklärt: Die Behauptung des Generals Degoutte, daß die Berliner Regierung unter dem Druck der Militärpartei eine Offensive der Reichswehr gegen die Arbeiterchaft des Ruhrgebietes angeordnet habe, ist in dieser Form ein Unsinn. Ferner aber hat sich die deutsche Arbeiterchaft noch nicht unter das Protektorat der franz. Militärsen gestellt. Sie hat bewiesen, daß sie sich selber schützen kann.

Die „Deutsche Allg. Zeitg.“ betont, daß die militärische Besetzung der fünf westdeutschen Städte in Deutschland auf lange hinaus den Eindruck gerufen werde, der sich langsam festzusetzen begann, daß wir, wie mit der übrigen Welt, so auch mit Frankreich im Frieden leben und auf Beachtung unserer Gefühle und Lebensinteressen bei der Erziehung unserer gegenseitigen Beziehungen rechnen dürften. Die Unruhe und die Zweispaltigkeit der französischen Politik habe der Beruhigung Deutschlands, die ein Stück der Ruhe der Welt sei, neue Hindernisse in den Weg gelegt. Daß der Einmarsch als eine Aktion zur Rettung der deutschen Arbeiterchaft gegen den Militarismus sei, diese Melodie habe bereits der „Temps“ am 30. März angegeben, als er behauptet habe, die Regierung Kapp-Lüttich habe die Erlaubnis verlangt, Truppen in das Ruhrgebiet zu entsenden, ein Verlangen, das von der Regierung Bauer am 17. März lediglich wieder aufgenommen worden sei.

Tages-Neigkeiten.

Deutsche Kriegsgefangene auf der Heimfahrt.

Berlin, 9. April. Laut Mitteilung der Reichszentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene haben die ersten 1014 deutschen Kriegsgefangenen auf dem Dampfer „Schottland Maru“ am 31. März Wladivostok verlassen. Sie kommen aus den Lagern Permaja Kheschtsa, Nipolst, Krasnoja Kheschtsa, Krasnojarsk und fahren nach Hamburg.

Verlängerung des Handelsvertrags mit der Schweiz.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Auf Grund einer Vereinbarung mit der Schweizerischen Regierung ist das Aufrechterhalten des Handels- und Zollvertrags zwischen dem Deutschen Reich und der Schweiz vom 10. Dezember 1891 sowie des Zollvertrags vom 9. November 1904, welche Verträge Schweizerseits zum 17. März 1920 gekündigt worden waren, mit der Maßgabe hinausgeschoben worden, daß



die Aufrechterhaltung jederzeit erfolgen kann, nachdem sie von einem der beiden Vertragsschließenden mit einer Frist von 3 Monaten angekündigt worden ist.

Der Tag der Reichstagswahlen.

Berlin, 6. April. Die Wahlen zum Reichstag sind vom Reichsministerium des Innern nunmehr endgültig auf 4. Juli festgelegt.

Berlin, 6. April. Der Reichsminister des Innern hat die Landesregierungen um Anweisungen an die Gemeindegliederungen gebeten, alle Vorbereitungen für sofortige Ausstellung der Wählerlisten zu treffen, sodass die Wählerlisten bis Ende Mai fertiggestellt sind.

Die „Münchener Post“ und die „Dokumente der Kontrö-Revolution“.

München, 7. April. Die „Münchener Post“ veröffentlicht in ihrer gestrigen Nummer „Dokumente der Kontrö-Revolution“, in denen sie einen Beweis für das Bestehen einer monarchistisch-militaristischen Verschwörung Bayerns sieht, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der Aktion Kapps an der Herbeiführung des militärischen Staatsstreichs in Bayern gearbeitet habe. — Zu der Veröffentlichung dieser Dokumente teilt das Reichswehrgruppenkommando IV mit: Die „Münchener Post“ bringt ausführliche Angaben über die angebliche Organisation einer gegenrevolutionären Verschwörung in Bayern, die vornehmlich von Offizieren der Eisernen Schutze (Hauptmann Berthold) u. der Eisernen Division (Major Bischoff) betrieben worden sein soll. Angehörige der Eisernen Schutze sollen auch an einzelne Offiziere der bayerischen Reichswehr herangetreten sein. Inwiefern dies tatsächlich der Fall war, u. welche Bedeutung dieser Fühlungnahme zuzuschreiben ist, bedarf der Feststellung. Vorher muß aber von einer Situationsanalyse im einzelnen abgesehen werden, gleichviel was an den Veröffentlichungen der „Münchener Post“ richtig ist oder nicht. Als Tatsache wird jedoch nur umso klarer hervorgehoben, daß die bayerische Reichswehr im entscheidenden Augenblick vollständig in der Hand ihrer Führer geblieben ist u. sich keiner gefahrbringenden Handlung schuldig machte.

Die Wilhelmshavener Seeoffiziere.

Berlin, 6. April. In der Presse ist mehrfach behauptet worden, daß der Reichswehrminister Dr. Gieseler den Befehl an die Marinestation Wilhelmshaven erlassen habe, die dort wegen ihrer Haltung während der Kapp-Zülow-Putsch verhafteten Offiziere freizulassen. Diese Angabe entspricht nicht den Tatsachen. Die Lage ist vielmehr so, daß die wegen ihrer angeblich unzuverlässigen Haltung in Schuldhaft befindlichen Offiziere von dem ihnen zustehenden Rechtsmittel Gebrauch gemacht und Beschwerde über die Schärftigkeit beim Reichsmilitärgericht eingeleitet haben. Das Reichsmilitärgericht hat die Beschwerde der Offiziere für berechtigt anerkannt. Daraufhin mußten auf Grund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen die Offiziere aus der Schuldhaft entlassen werden. Der Reichswehrminister hat lediglich diese Entscheidung des Reichsmilitärgerichts an die Marinestation Wilhelmshaven weitergegeben. Nachdem nunmehr das neue Reichsgesetz verkündet ist, demzufolge auch Vergehen der Militärpersonen während des letzten Putsches von den Militärgerichten abgeurteilt werden sollen, hat die Reichsregierung veranlaßt, daß seitens der Militärgerichte mit größter Beschleunigung die gegen die Wilhelmshavener Seeoffiziere erhobenen Beschuldigungen aufgearbeitet werden.

Finnland und Rußland.

London, 6. April. Die „Times“ melden aus Abo: Einem Moskauer Telegramm zufolge hat Dichtscherin erklärt, daß die Waffenstillstandsbedingungen Finnlands unannehmbar seien. Die Feindseligkeiten werden insolge dessen fortgesetzt, bis Sowjetrußland eine befriedigende Antwort auf seine Vorschläge erhalten hat.

Frankreichs Präsident in Nizza.

Nizza, 6. April. Präsident Deschanel traf heute vormittag auf der Präfectur ein, wo ihn der Prinz von Udrino

und die Chefs der französischen und italienischen Gesandtschaft erwarteten. Der Prinz überreichte Deschanel im Namen des Königs von Italien den Annunziatororden. Darauf begab sich der Präsident nach dem Friedhof zum Grabe Gambettas, wo Deschanel eine Ansprache an die Kameradschaften hielt. Der König von Italien richtete eine Proklamation an den Präsidenten Deschanel, der ihm anlässlich seiner ersten Reise an die italienische Grenze seine herzlichsten Wünsche übermittelte.

Dänemark.

Die neue Regierung. — Generalstreik noch nicht beendet.

Kopenhagen, 6. April. Die neue Regierung Friis stellte sich heute den beiden Kammern des Reichstages vor, der Ministerpräsident hielt eine kurze Ansprache, in der er erklärte, daß kein Mitglied des Ministeriums sich an der Bildung desselben beteiligt hätte, wenn nicht alle Parteien zugestimmt hätten, mit ihm zu arbeiten. Er sprach weiter den Wunsch aus, daß die Wahlen in kürzester Zeit stattfinden, damit ein Ministerium, das sich auf die Mehrheit des Reichstages gründe, in Uebereinstimmung mit dem unveränderten Wunsch des Königs die Führung der Regierung übernehmen könne. Im übrigen wolle das Ministerium sehr wichtige Gesetze durchführen, die notwendigweise durchgeführt werden müßten, und verschiedene Angelegenheiten erledigen, u. a. die nord-schleswigschen Verwaltungsbereiche. Das Ministerium habe keine politischen Ziele, es sei besetzt von dem Wunsch nach Arbeitsfrieden, Arbeitslust u. Gemeinwohl. Die Rede wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen. — Trotz der Aufhebung des Generalstreiks legen die Bäcker, die Seelente, die Seiler und die Bergarbeiter den Streik fort.

Kleine Nachrichten.

Berlin, 6. April. Der Reichsanzeiger veröffentlicht das Gesetz betreffend die Aburteilung der hochverräterischen Untertanen aus dem März 1920 und der damit zusammenhängenden Straftaten durch die bürgerlichen Gerichte.

Berlin, 6. April. Dem „Berliner Volksanzeiger“ wird aus Luzern berichtet: Nachdem unlängst die italienische Fregate vom Kreuzer des Obersten Pio gemeinsam erbeutet wurde und es nicht gelang, den Täter zu ermitteln, habe nunmehr der erste Bürgermeister auf Verlangen Pios diesen persönlich eine Entschuldigung unter dem Ausdruck des Bedauerns über den peinlichen Vorfall überreichen müssen.

Wien, 6. April. In Wien ist die Lage unruhig. Für heute Nachmittag wurde Holz zu einer Versammlung erwartet. Die bewaffnete Anhängerzahl des Holz beträgt etwa 500 Mann.

Paris, 7. April. „Paris Midi“ meldet aus Rio de Janeiro, daß nach einer Erklärung des Ministers des Reichens Brasilien die ehemaligen deutschen Schiffe, die in brasilianischen Häfen interniert waren, noch nicht an Frankreich verkauft habe. Die Verhandlungen gingen weiter.

Paris, 7. April. Dem „Journald'Action“ wird über London aus Washington gemeldet, daß die Schuld der Alliierten an die Vereinigten Staaten, die sich auf zehn Milliarden Dollar beläuft, konsolidiert wird u. die Zinsen für die ersten drei Jahre in langfristige Scheine umgewandelt werden.

London, 6. April. Reuter erfährt: Der persische Minister des Äußeren, der sich gegenwärtig in London aufhält, erwägt den Plan, mit Sowjetrußland ein gutes Einvernehmen herzustellen. Sowjetrußland habe sich erboten, nach Erreichung eines solchen Einvernehmens die für Persien noch zeitigen Beiträge außer Kraft zu setzen.

Moskau, 6. April. Auf der Jahreskonferenz der Unabhängigen Arbeiterpartei warnte Snowden, den den Vorsitz führte, die Arbeiter ernstlich vor Gewaltausübungen und Revolution. Der Ausschlußbericht, in dem vorgeschlagen wurde, die Konferenz möge eine einseitige Haltung bezüglich des Beitritts zur Moskauer Internationale einnehmen, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt.

Newyork, 6. April. Der Korrespondent der „Associated Press“ in Vladivostok telegraphiert: Die japanischen Truppen sind nach achtstündigem schwerem Kampf in Vladivostok eingedrungen.

Jerusalem, 6. April. (Reuter.) Wie amtlich gemeldet

wird, waren bei einem ernstlichen Zusammenstoß zwischen Juden und Arabern am 4. April 188 Personen zu Schaden. Die Mehrzahl davon ist leicht verwundet. Die Jüdischen und Arabischen Behörden haben die Lage fest in der Hand.

Vermischtes.

— **Mädchenhandel.** Die „Christliche Volksmacht“ bringt folgende beachtenswerte Zeilen: Eine Nachricht aus Buenos-Aires besagt, daß in den dortigen Bordellen unter 6000 Mädchen nicht weniger als 1100 Deutsche seien, die durch iberischen Mädchenhandel dorthin exportiert worden sind. Ganz besonders sind diese arbeitslosen Weibchen im besetzten Gebiet und auf den Bahnhöfen, aber auch in netten Kaffees und Konzerthallen tätig. Sie treten in jeder Form auf als Soldaten, Offiziere, arme Herren, als Romanen und Pensionanten, Bilanzhalterinnen, durch solche Angelegenheiten besonders in Provinzstädtern usw. Eltern und junge Mädchen, seid auf der Hut! Trau, Schau, wem?

— **Deutscher Mut.** Von einer vorbildlich unerwarteten Tat, die ebenso von großem persönlichen Mut, wie von tiefem vaterländischen Empfinden zeugt, weiß die „Post“ in ihrer neuesten Nummer zu berichten. Auf dem Militär-Bahnhof wurde Anfang Dezember des Vorjahres ein Reich, das ein englischer Oberst auf der Hand führte, von einem Hund auf die Schiene gestossen, aber im letzten Augenblick durch ein junges Mädchen mit Einwirkung des eigenen Lebens vor dem herannahenden Zug weggerissen. Die lächle Retterin, die Tochter des Hauptmanns Jank aus Puerigen bei Ronneburg in der Gegend, erhielt dafür eine Einladung des englischen Obersten in dessen Dienstwohnung, wo eine Kompagnie deutscher Soldaten vor ihr präsentieren mußte und sie einer Anzahl von Offizieren vorgestellt wurde. Bei der tauffolgenden Tafel, zu der sie beigegeben wurde, sollte sie einen besonderen Wunsch aussprechen, der ihr am Herzen liege. Da hat sie, es möge ein Hoch auf den deutschen Mut ausgebracht werden. Und so geschah's, und wiederum letzteres hat kein Mädchen die feindlichen Soldaten die Ehrenbewahrung. Bervollkommener als die deutsche und die englische Rettungsgeschichte, die ihr bald darauf in Teil wurden, auch der Beherrschung des Empfindens sein, unglücklichen deutschen Volksgenossen durch ihr selbstloses Aufstehen ein Beispiel harter vaterländischer Hingabe zu haben.

— **Kommunale Heiratvermittlung.** Eine Wohlfahrts-Einrichtung für Kriegswitwen und Kriegsbeschädigte, wie sie sonst in keiner deutschen Stadt vorhanden ist, existiert seit einiger Zeit in Magdeburg, nämlich eine kommunale Heiratvermittlung. Sie verdient die Aufmerksamkeit auch in anderen Städten. Aus der vermittelnden Tätigkeit in 2 besonderen Fällen heraus hat sich diese Einrichtung entwickelt, und da die beiden Fälle ausgezeichnet ihre Erledigung fanden, machte man mit weiteren Fällen Versuche. Die Vermittlung vollzieht sich im folgenden: Die Kriegsbeschädigten für Heiratvermittlung werden der Beratungsstelle in Magdeburg die Kriegswitwen mit deren wirtschaftliche Lage eine Wieder-Verheiratung erwünscht macht. Von dort werden den Bewerberinnen ausführliche Fragebogen zur Ausfüllung übergeben. Auch wird genaue Auskunft über die persönliche Beschaffenheit, Charaktereigenschaften usw. eingeholt. Ebenso werden die Kriegsbeschädigten nachricht über heiratsfähige Männer. Und auch diese erhalten Fragebogen zur Ausfüllung. Von der Beratungsstelle werden nun allgemeine Mitteilungen über die einzelnen Fälle, natürlich ohne Namensnennung veröffentlicht, und zwar in besonderen Blättern, die allen Interessierten jeden Monat zugehoben werden. Die Beratungsstelle vermittelt den Briefwechsel. Nach 2 Monaten erkundigt sie sich nach dem Ergebnis. 1918 haben sich 182 Männer u. 112 Frauen gemeldet. Ende 1918 fanden 344 Personen im Briefwechsel. Anfang 1919 haben 16 Paare mitgeteilt, daß sie die Ehe eingehen wollten. Es ist nicht zu leugnen, daß gerade bei den Kriegswitwen und Kriegsbeschädigten besonders Schwierigkeiten der Annäherung bestehen, darum ist der soziale Charakter dieser originellen Einrichtung nicht zu verkennen. Große Hoffnungen erwecken die Kommune durch eine derartige Heiratvermittlung. In Magdeburg ist mit dieser Arbeit eine weibliche Hilfskraft beschäftigt, die der Magistrat bezahlt.

Unter der Herrschaft der Kommunisten.

Brief aus dem Industriegebiet.

Eine Oberfeldzer Dame, die sich alljährlich bei ihren Nagolder Verwandten aufhält, schreibt diesen über die schrecklichen Zustände, wie sie dort unter dem Kommunistenregiment herrschen u. a.:

Wie ich seit Ihr durch die Zeitungen, welche bei uns nicht mehr erscheinen, besser wie wir über die bei uns herrschenden Zustände unterrichtet. Wir wagen uns kaum auf die Straße und horchen bangend auf das Getöse der Maschinengewehre, das Geheul der fanatisierten Menge, Hütensalonen und Raubenschiffe. Es ist entsetzlich! Wo und zu kommt eine telefonische Warnung, das Haus nicht zu verlassen oder es werden uns Siraher bezeichnet, die zu passieren gefährlich sind. Alle Lebensmittel kann man ja nicht quittieren und das Nennbedürfnisse muß man sich doch holen, aber man tut es mit Angst und Fittern. Am Montagabend fing der Aufruhr an; Dienstag kamen schon die Regierungstruppen, worüber die Spartakisten ganz außer sich gerieten. Es wurden Drahtverhänge in verschiedenen Straßen errichtet, aber es blieb noch ziemlich ruhig, obgleich sieben Menschen erschossen wurden. Milla suchte mich zu bewegen, mich dorthin zu ihr zu flüchten, doch fürchtete ich den Weg. Frau B. machte sich aber fort und gegen Abend auch das Mädchen und dann fing das Schreien wieder an. Milla jammerte durch das Telefon, Dr. C. wimmerte nach seiner Schwiegermutter und Dr. B. verhielt mir ihre schnellste Heimkehr, die auch gegen 1/2 10 erfolgte. Ich ging dann gleich zu Bett und habe die Nacht wie ein Unmensch geschlafen. Mittwoch bin ich dann mittags zu Milla gegangen und hörte schon unterwegs, daß es nachts wieder 15 Tote und eine Menge Verwundeter abgelegt habe. Geirisch R. hatte in der Nacht Posten im Rathaushof stehen müssen. Um sieben Uhr morgens brachte die Polizei noch eine Leiche dorthin, die schon ganz kalt und steif war und auf dem Ball ganz abseits gelegen hatte. Von Hagen, Kronenberg und Solingen aus sandten die Kommunisten Verstärkung nach Oberfeld und es kam in der Nacht auf Mittwoch noch zu

einem blutigen Gefecht am Hahnerberg, in welchem es 10—20 Tote und 22 Verwundete gab. Die Soldaten wurden von den Engländern eingeholt, gefangen genommen und eingeschleppt und dürfen zur Strafe nicht wieder nach Solingen zurück. Ihr Mann, Euch denken, daß solche Nachrichten mir keine Lust zu langem Verweilen machten und begab ich mich schnell wieder nach Hause. Schon auf dem Wege hörte ich das Knattern der Maschinengewehre. In Barren war der Tumult losgegangen. Heute Morgen nun hörten wir die haarsträubenden Ereignisse der Nacht. Oberfeld ist in den Händen der Unabhängigen! Das Rathaus ist eingenommen. Man spricht von 20 000 Volkswindern, die von Dortmund, Hagen, Lüdenscheid hergekommen sind. In Barren sollen sie fürchterlich gehaßt haben. Die gesamte Polizei soll umgebracht worden sein. Mir erzählt so ein Spartakist, man habe 5 Politisten gehängt und eine Menge inwärtlich geschlachtet, einfach die Hälfte durchgeschritten. Einem Wachmeister habe man an beiden Armen die Pulsader geöffnet. Die übrigen, die sich nicht flüchten konnten, hat man erdarmungslos erschossen. Am Ostertbaum war eine förmliche Schlacht, die sich bis ins Nagdorf und auf den Hofkamp ausdehnte. Das fing schon gestern Abend an; 1/2 Uhr telefonierte mir Dr. C., daß schon wieder eine Reihe Leichen daliegen. Die Regierungstruppen sind geflohen. Weiber mit Bewehrten und langen Messern bewaffnet sollen die Straßen durchziehen. Die Berg-Wärf-Bank ist besetzt und auch die Spartakosche Keimerei Fabrik führt. Schwerebahn und elektrische Bahn haben den Betrieb eingestellt. Nur die Autos der Krankenhäuser fahren unausgesetzt und bringen Tote und Verwundete.

Es ist jetzt 1/2 10 und ich fürchte mich, noch länger nicht anzubehalten. Morgen Fortsetzung.

19. 3. 20. Mein Bajmädchen war gestern am Hofkamp, nachdem die Ruhe wieder hergestellt war. Das Mädchen erzählte mir, es habe stellenweise nicht die Füße niederzulegen vermocht, ohne in Blut zu treten. Eine Lehrerin begegnete mir weinend. Man hatte ihren Resten niedergeschossen. Einem jungen Dienant aus meiner Nachbarschaft wurden erst die Augen ausgestochen und dann wurde er erschossen, weil er

die Truppen befehligt hatte. Seine ist während des ganzen Tages in der Gertaun. Geipe und bei Ramscheid gekämpft worden. Um 6 Uhr wurden etwa 80 gefangene Regierungssoldaten, die Hände hoch, durch die Stadt geführt. Gestern Mittwochs Abend hat man noch das Gefängnis erobert und etwa 600 Gefangene befreit. Alle Sorten Spitzhaken, Einbrecher, Messerheiden und sonstige Unholde machen jetzt die Stadt unsicher. Es geht wüst her! Wie lange noch?

20. III. 20. Es muß in dieser Nacht ganz schrecklich umgegangen sein. Ich habe aber durchgeschlafen die heute Morgen 7 Uhr. Beiles erzählen mir, daß auf dem Hornbühl wohl niemand zu Bett geblieben sei. Von 1/2 bis 3/4 sei ununterbrochen geschossen worden. Tagsüber habe man Alarm gelassen und geschrien. Der Hauptarm war aber auf der Herzog- und Königstraße. Bis jetzt ist es heute in der Stadt wieder ruhig; doch hört man unausgesetzt Kanonendonner und Flintenschüsse aus der Ferne. Morgen sollen die Toten alle auf dem Ehrenfriedhof beerdigt werden. Die erschossenen Bürger aber werden auf Wunsch ihrer Angehörigen auf den anderen Friedhöfen bestattet. Was mag uns die nächste Nacht, was mögen uns die nächsten Tage bringen? Ich habe keine Kohle und kein Stöckchen Holz mehr im Keller. Niemand darf mir etwas bringen. Die Schulen sind geschlossen und durch die Straßen gehen Bewaffnete. Heute ist aber wieder Post gekommen, auch Bakete. Wir haben während der ganzen Woche noch keine Zeitung erhalten. — Jetzt laute ein roibeflagtes mit Birialfischen beladenes Auto vorüber. Was mögen sie nachhaben?

Wie geht es Euch? Suffentlich habt Ihr solche Dinar nicht auszugeben! Wie froh könnt Ihr sein, in Nagold zu sitzen! Wer weiß, was uns hier noch blüht? Sobald es geht, mach ich mich auf die Lappen und reise aus. — So jetzt ist die Zeitung gekommen, die sich mit höchster Vorsicht ausdrückt und sehr viele weiche unbedruckte Stellen aufweist. Na, ich weiß ja auch nicht, ob alles so stimmt, was ich Euch schrieb; nur das ist sicher wahr, was ich als selbst gesehen Euch mitteilte. Wenn einesteils die Sache gewöhnlich übertrieben wird, so geschieht es aber auch meistens, daß die Wahrheit verhüllt und unterdrückt wird. Jedenfalls ist die Sache sehr, sehr schmerzhaft.

unentgeltlich zwischen
188 Personen zu
verwandern. Die
left in der Hand.

Boiswacht" beargt
nicht aus Buenos
ellen unter 6000
e seien die durch
zier worden sind.
sellen im Verzuge
in neuen Kaffees
leder Form auf:
Rouan und Ven-
de Angieren be-
b junge Mädchen.

ch unrichtigen
Aut, wie von sei-
sch die "Sozial" in
den Köcher Bahn-
gen Riss, das
on einem Hund
Hornbusch durch
den Schein vor
lächer Mettern,
serigen bei Mon-
e Einladung des
g, wo eine Kom-
nen mühe und sie
de. Bei der da
warde, sollte sie
he am Herzen
deutschen Kaiser
mühen um letzte
ten die Ehrenbe-
die englische Pet-
li wurden, auch
t deutschen Volks-
ein Beispiel har-
den.

Eine Mobilfabrik
schäbiger, wie sie
ist, existiert seit
eine kommunale
merkmalist auch
n Tätigkeit in 2
chtung entwickelt
ledigung fanden.
Die Vermittlung
storgehalten für
le in Raabeburg
lage eine Wieder-
den den Bewer-
lung übergeben
nlicher Schö-
Ebenso senden
stusier Männer
e. Von der Be-
tungen über die
nung verließen
e Interessenten
stühle betam-
ndigt sie sich nach
e u. 112 Frauen
im Wechsel
daß sie die Ehe
daß gerade bei
sondere Schritte
ist der soziale
st zu verkaufen.
e durch eine de-
mit dieser Arbeit
Kapitalrat bezahlt.

end des ganzen
scheid gestärkt
eine Regierungs-
efähig. Gestern
selbständig erobert
ten Spitzbüben.
de machen jetzt
Die lange noch?
ganz schrecklich
hätten bis heute
auf dem Horn-
Von 1/2 bis
Dagwischen habe
Hauptkammern
Was jetzt ist es
bei man unans-
nes der Ferne.
friedhof beerdigt
en auf Wunsch
dhöfen bestattet.
n uns die näch-
d kein Stücken
etwas bringen.
Sichem gehen
gekommen, auch
den noch keine
tes mit Viriol-
es sie vorher?
hr solche Dinge
n, in Ragold zu
e? Sobald es
e sie aus. — So
gühter Vorfall
Stellen aufweit-
t, was ich Euch
s selbst gesehen
endlich über-
stens, daß die
ebenfalls ist die

Denkfachkosten, Postkosten u. dergl. trägt die Nationalstiftung. In Ungarn ist man auf ähnlichem Wege ebenfalls bereits vorgegangen. Für Oesterreich wurde die Durchführung dieses Gedankens allgemein angeregt, zur Benützung für alle Mädchen.

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 8. April 1920.

Die Ueberfällung des Lehrberufs. Nach einer Anordnung des k. O. Oberlehrers wurden die Aspiranten-Lehrer darauf aufmerksam gemacht, daß eine Vorberetzung von Schülern für die Aufnahmeprüfung in die Lehrseminare i. J. 1921 und folgende Jahre nicht mehr tunlich erscheint. Die Aufnahmeprüfung für die höhere deutsche Schule, in die von 1921 an die Lehrerbildungsanstalten schriftweise umgewandelt werden, wird einem wesentlich anderen Charakter als bisher tragen. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, daß 1921 die Aufnahme in die Lehrseminare vorübergehend eingestellt wird.

Auflösung der Feldpost. Am 31. März hat die Feldpost, diese gewaltige Kriegspostorganisation, aufgehört zu bestehen. Der Soldatenbrief ist wieder in Geltung getreten. Auch die letzten noch bestehenden Reste der Feldpost sind mit der Auflösung des Grenzbezuges Ost verschwunden.

Postverkehr mit dem Saargebiet. Die bisherigen Beschränkungen im Nachnahme-, Postantrags-, Postanweissungs- u. Zahlortverkehr zwischen dem unbefestigten Deutschland und dem deutschen Saargebiet sind mit sofortiger Wirkung aufgehoben worden. Auf diesen Verkehr haben sonach nunmehr alle die allgemeinen Bestimmungen Anwendung.

Zum Uebergang der Post und Eisenbahn an das Reich. Der auf 1. April in Aussicht genommene Uebergang der Eisenbahn u. Post an das Reich ist noch nicht verwirklicht worden, weil die Staatsverträge noch vom Völk. Landtag, nicht aber von der Nationalversammlung angenommen sind. Die lebenslänglich angestellten Beamten, Vorkaufbeamten haben das Recht, daß sie im völk. Staatsdienst weiter beschäftigt werden, wenn ihnen die Uebernahmebedingungen nicht zuzagen.

Freie Bahn dem Tüchtigen... Aus Vertriebskreisen treffen wir uns geschrieben: Wir wollen wünschen und hoffen, daß die Friedigung des Ausgliederungsstatuts diesem zugewandten Grundlag mehr Rechnung getragen wird, als bei den Stellenbesetzungen in letzter Zeit. Solche Grundzüge dürfen doch nicht nur schöne Worte bleiben, sondern müssen auch in die Tat umgesetzt werden! Vor allen Dingen erwarten wir, daß nur solche Stellen umgewandelt und entsprechend besetzt werden, die nach Veramtortung, Beförderung und Personalstand in Betracht kommen können; und daß alle diejenigen Stellenbesetzungen besetzt werden, die sich auf diesen Posten gut bewähren haben. Es wäre ferner der Wahrung ein Schlag ins Gesicht, wenn hier einzelne Stellen unangerechnet und auf andere Weise wieder bevorzugt würden! Wir haben volles Vertrauen zu unseren neuen maßgebenden Vorgesetzten und allen mitsprechenden Instanzen und hoffen, daß sie mit diesem Ausgliederungsstatut auch begünstigte Freier und Härten wieder anscheinend werden.

Von der Reichs-Treuhand-Gesellschaft. Anstelle des Reichs-Treuhand-Gesellschafts übernimmt nunmehr die Reichs-Treuhand-Gesellschaft A.G. die Verwaltung und Bewertung aller infolge der Demobilisierung freizumachenden und noch freizumachenden beweglichen Militärs, Marine und sonstigen reichs-eigenen Güter. Das Reichsfinanzministerium hat die Aufsicht über die neue Gesellschaft. Die aus der Bewertung erzielten Netto-Erlöse werden an das Reich abgeführt. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 20000 A., das vom Reich, einzelnen Ländern u. verschiedenen beruflichen Organisationen aufgebracht wird.

Für die Grenz- und Auslandsdeutschen. Der Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen, Zweigstelle Stuttgart, Neuer Bahnhof, richtet einen Aufruf an die Ost- und Westpreußen in Württemberg mit der Aufforderung zur Annahme, damit die in Württemberg Angehörigen bei der Volksabstimmung der östlichen Gebiete sich beteiligen. — Auch an die Württemberger wird die Aufforderung gerichtet, sich zu melden, da eine Volksabstimmung über das Schicksal eines ostelben oder ungeteilten Räumens entscheiden soll. Die südlichen Teile dieses Landes sind in Gefahr, jugoslawisch zu werden, deshalb sollen Räumener Vereine gebildet und eine Schutzmiliz für das Räumener Land geschaffen werden.

Eisendewirtschaftung. Der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium behandelte in zwei Sitzungen den Entwurf einer Verordnung zur Regelung der Eisendewirtschaft. Von den Sachverständigen aus der Eisenindustrie wurde vorgeschlagen, die Beschäftigung auf einige Wochen auszuweiten. In der Zwischenzeit sollten ernsthafte Versuche gemacht werden, durch freie Vereinbarungen der Interessenten untereinander diese Regelung herbeizuführen. Gedacht war an die Schaffung geschlossener Verkaufsverbände für alle von der Großindustrie erzeugten Produkte u. an eine Verständigung mit der eisenerwerbenden Industrie über Preise und Bedingungen des Inlandabzuges. Nach eingehenden, zum Teil sehr heftigen Debatten beschloß der Wirtschaftsrat einstimmig dem Entwurf des Reichswirtschaftsministers in der vorliegenden Form zuzustimmen u. ihn unverzüglich den gesetzgebenden Körperschaften vorzulegen, um eine weitere Verzögerung der dringend notwendigen Regelung der Eisendewirtschaft zu vermeiden.

Aus dem übrigen Württemberg.

Enzklösterle, 8. April. Forstamtmann Mayr wurde seinem Ansuchen entsprechend auf die Forstamtsstelle Raabeburg versetzt.

Stuttgart, 6. April. Die Abg. Haag u. Gen. (B.V.) haben folgende Anfrage an den Ernährungsminister gerichtet: Ist der Ernährungsminister bereit, nachdem Baden den Weinverkehr freigegeben hat, die noch in Württemberg bestehenden Beschränkungen aufzuheben und den Weinverkehr ebenfalls freizugeben?

Stuttgart, 6. April. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands erläßt in der Schwäb. Tagwacht einen Aufruf für den bevorstehenden Wahlkampf. Er richtet sich gegen Monarchie und Reaktion und fordert die Herrschaft der schaffenden Arbeit, durch Demokratie Fortschritt

zum Sozialismus. Gleichzeitung werden in einem besonderen Artikel scheinliche Reichstagswahlen gefordert, da für eine erdrückend republikanische Mehrheit kein Zehntelabschnitt günstiger sei als der gegenwärtige.

Stuttgart, 6. April. Der württ. Lehrerverein hielt am Ostermontag in 15 Städten des Landes Generalversammlungen ab, in denen Vorstandsmitglieder für die Zusatzschule u. gegen die Besetzung des Regionsunterrichts nach kirchlich-dogmatischen Gesichtspunkten sprachen. Eine entsprechende Entschliessung wurde von den Lehrern angenommen.

Stuttgart, 6. April. Hier hat sich eine Gesellschaft m. b. H. gebildet, mit dem Zweck, den Brennstoffbedarf der Bevölkerung sicherzustellen. Das Gründungskapital beträgt 200000 A. Als Geschäftsführer ist der hies. Richter Dr. Haas gewählt.

Stuttgart, 6. April. Der Schlichtungsausschuß sollte kürzlich einen Schlichterpruch für die Angestellten des Brauereiwesens. Die bisher gewährte Lohnerhöhung wird im Monat um 50-150 A. erhöht, beträgt also je nach den verschiedenen Gruppen 375-500 A. monatlich. Der Schlichterpruch wurde von den Angestellten und dem Verein der Brauereien einstimmig angenommen.

Stuttgart, 7. April. Im hiesigen Handelshof herrscht reges Leben. Raum ist die Frühjahrsmesse beendet, hören wir von neuen Veranstaltungen. Vom 2.-16. Mai wird die Deutsche Photographische Ausstellung, vom 11.-25. April eine Dichter Ausstellung, die Jubiläumsausstellung des Schwäbischen Schillervereins, stattfinden, dann im Juni eine Buchmesse und vom 25. Juni bis 5. August eine Weismesse für kirchliche Kunst. Neben allen Erzeugnissen der kirchlichen Edelmetallwarenfabrik deren Aussteller schon anlässlich der letzten Jagst-Edelmesse auch für die "kirchliche Kunstmesse" gewonnen wurden, wird eine einzigartige Schau von Glöckeln, Orgeln und Harmoniums aller Art, Glasfenster, Goldstickereien, Bronzen, Kerze, Silberarbeiten, kirchliche Bücher, Kronleuchter, Teppiche, Statuen, kurz alles was der kirchliche Kunst bedarf, zu erwarten sein. Die Edelmesse für kirchliche Kunst wird in ihrem Teil, als weiterer Markstein in der Aufwärtsbewegung des deutschen Volkes sein.

Caustadt, 6. April. Beim Fußballspiel auf dem Wäldchen erlitt ein 19 Jahre alter Spieler aus einem Württembergischen Verein einen Schlag gegen den Hinterkopf, daß er einen Augenblick lang bewusstlos war. Er mußte in ein Krankenhaus verbracht werden.

Fellbach, 6. April. Nach dem neuesten Antragsprotokoll des Saarg. Konsistoriums ist die Zustimmung des württ. Staatsministeriums für eine zweite Pfarrstelle erteilt worden.

Dienstadt, 7. April. Das hiesige Kreisverwaltungsamt wurde auf 1. April aufgehört. Die weiteren Verwaltungsaufgaben sind dem Kreisamt in Jagdhaus übertragen.

Geislbach, 5. April. Der 45-Jährige alte Soldat Leonhard Maier u. der 32-jährige Landwirt Friedrich Maier aus Geislbach, Gemeinde Amerzell, sind, wie jetzt als Urteil öffentlich bekannt gegeben wird vom Württembergischen Landtag wegen Schleichhandels zu 3 Wochen Gefängnis und 1500 A. Geldstrafe verurteilt worden.

Blaubergen, 5. April. Ein Bäuerlein im Oberamt hat seiner Alten zum Geburtstag eine Wortschmuckstafel beschenkt, von gewöhnlichem Ausmaß, weil seine bessere Hälfte eine gelassene Nase hat. Jetzt hat die Gattin die Sache weit gemacht. Sie richtete ihrem Alten im Garten unter Moos und Farnkraut ein gewaltiges Osterkissen her und setzte ein neues Kissen als Osterei hinein. Es kommt halt nicht bloß auf den Geruch, sondern auch auf den Geschmack an.

Wieslingen, 7. April. Hier wurde einer Kuh, die im Stall neben einem Pferde stand, von diesem die Jungart abgebeißt, so daß die Kuh getötet werden mußte.

Stingen a. Br., 6. April. Die älteste Einwohnerin von Stingen und des ganzen Bezirks ist Frau Marie Philipp. In dem Tag, an dem sie das 95. Lebensjahr vollendete, wurde sie zur letzten Ruhe bestattet.

Wittmannshofen, 7. April. Radax wurde im Sägewerk Hammerich der Haupttreibriemen (22 m lang, 42 cm breit) im Werte von 25-30000 A. gestohlen. Ein Postkutschmann ist von den Dieben auch abgepackt und aufgeteilt, jedoch zurückgelassen worden, da die Last von dem ersten Riemen jedenfalls Arbeit genug machte zum Fortschleppen. Durch diesen gemeinen Diebstahl sind die Arbeiter auf mehrere Wochen arbeitslos geworden.

Ravensburg, 6. April. Rappschlossermeister und Gemeindevorstand R. Braun hat in Ravensburg einen 20 Jahre alten hoffnungslosen Sohn als Kadettenträger. Bei einem Unfall vor 3 Tagen wollte sich der junge Mann ins Gefährt begeben. Die Straße war von den Ordnungsmännern als passierbar erklärt. Er erhielt aber aus einem Maschinenwerk einen Auerhahn in den Fuß und erlitt so starken Blutverlust, daß er später daran verstarb. Die Leiche wurde hier beigesetzt.

Friedrichshafen, 6. April. Seit 8 Tagen wird der 18 Jahre alte Schüler Karl Jäger von hier vermisst. Er soll sich mit zwei russischen Kriegsgefangenen entfernt haben und ist seither spurlos verschwunden.

Friedrichshafen, 5. April. Das Fischereijahr 1919 war nicht schlecht. Gefangen wurden im Bodensee 270 195 kg Fische im Werte von 2 143 465 A., gegen 145 087 kg mit 467 825 A. im Jahre 1918. Der Anteil der deutschen Bodenseefischer beträgt sich für Württemberg auf 114 029 kg mit 424 320 A., gegen 58 986 kg mit 168 427 A. für Baden auf 144 594 kg zu 662 229 A. u. für Bayern auf 11 572 kg zu 56 416 A. Württemberg's Anteil beträgt sonach 37,2%. Die Schweizer Fischer fingen 193 445 kg zu 592 550 Fr. gegen 161 627 kg zu 477 470 Fr.

Von der Bayerischen Grenze, 6. April. Josef Vielmayer, Schloffer von Aibling bei Straubing, der während der Rotterepubli des vorigen Jahres fünf Tage Kriegsminister spielte, hat im Januar in Gemeinschaft mit seinem Bruder Ludwig Vielmayer aus Regensburg Gasthäusern betrocen und aus einem Kleidergeschäft in der Ostengasse ein paar Hofen entwendet. Auch in der Gegend von Straubing verübte er Diebstähle. Er wurde vom Landgericht Straubing zu zwei Jahren Gefängnis, sein Bruder zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Dem Josef Vielmayer wurden die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt.

Dietersheim, 6. April. Die Firma C. Barzel hat nach rund einjähriger Dauer die Bauarbeiten des von Regierungsbaumeister Adam (Straßen- und Hochbauamt Ulm) entworfenen Hochwasserwehrschlusses nunmehr fertig gestellt. Die Erdbewegungen auf der rund 4 Kilometer langen Strecke betragen über 60000 Kubikmeter. Durch die Gewinnung der Erde auf einer nicht ganz 2 ha großen Fläche zwischen der Jyller und dem Damms wurde ein 4-5 Meter tiefer See geschaffen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf etwas über 450000 A., wozu der Staat und, da eine Kostensatzverträge vorlag, auch das Reich große Beiträge leisteten.

Handels- und Marktberichte.

Herzberg, 6. April. Das hiesige Forstamt verkaufte dieses Tage 600 Festmeter Eichenhartholz. Die Erlöse entsprachen Anschlagspreisen. Ein Festmeter erstklassiges Eichenholz erzielte durchschnittlich 4016 A. bis 4434 A. für Nutholz wurde in Buchen 160 A. (Scheller), in Fichten (Küblerholz) nur 100 A. angeboten.

Neue Zuckerverteilung. Durch eine neue Verordnung im Reichsanzeiger wird den Zuckerfabriken eine neue Preisbildung für Verbrauchszucker für Lieferungen nach dem 31. März zugestanden. Der Preis für den Zentner erhöht sich auf 135 A., die Monatszuschläge steigen auf 0,70 A., dazu ein Handelszuschlag von 10,50 für den Zentner. Die Preisänderungen werden sich bald im Kleinhandel bemerkbar machen.

Die Rottkeesamenpreise. Aus der Nationalversammlung wurde die Regierung gefragt, was sie zur Senkung der außerordentlich hohen Preise für Rottkeesamen zu tun gedenke. Die Preise betragen jetzt im Kleinhandel bis zu 35 A. das Pfund; sie haben also eine derartige Höhe erreicht, daß der Anbau in Frage gestellt und die Viehhaltung in unübersehbarer Weise geschädigt werden müsse. — In seiner Antwort wies der Reichswirtschaftsminister darauf hin, daß man annehmen dürfe, diese hohen Preise würden die Landwirtschaft zur Züchtung von Samen antreiben, so daß sich in den nächsten Jahren die Höhe der Einfuhr verringern werde. Nachdem jetzt der im Inland angebaute Rottkeesamen zum Ausbruch gelangt sei, sei bereits in den letzten Wochen eine bessere Befruchtung des Inlandmarkts und ein erheblicher Preisrückgang für Rottkeesamen eingetreten. Voraussichtlich werde der Preisrückgang noch weiter anhalten. — Inzwischen hat sich die Befruchtung mit Rottkeesamen weiter erheblich gebessert; die Preise sind ganz außerordentlich gefallen.

Letzte Nachrichten.

Ablieferung des Restes der deutschen Kriegsschiffe.

Brünn, (Edsmanns Telegraphen-Büro) In Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrags ist mit der Ablieferung des Restes der deutschen Kriegsschiffe begonnen worden. Der erste Schlepplug, bestehend aus dem Linienschiff "Wassau" als Schlepper und dem Panzerschiff "Ostfriesland" als geschlepptes Schiff, ist gestern früh im North-of-Forth eingetroffen. Die Ueberführungsmannschaften treten mit dem Dampfer "Rügen" die Heimreise an.

Wilson's Note an den Obersten Rat.

Berlin. Wie die Post-Zeitung aus Kopenhagen meldet, hat Wilson an den Obersten Rat eine Note gerichtet, in der er auf die Gefahr aufmerksam macht, die Frankreichs eigenmächtiges Vorgehen für den Bestand der Alliierten und für die Lage in Europa bedeute.

Der römische Korrespondent des Berliner Tageblatts telegraphiert, daß Ritti dem deutschen Botschafter erklärt habe die italienische Regierung betrachte die Ruhrfrage lediglich als eine interne deutsche Angelegenheit und wünsche eine rasche Erledigung ohne Verwickelungen, die für ganz Europa schädlich sein würden.

Zusammenstöße mit den Besatzungstruppen.

Frankfurt a. M., 7. April. Heute Nachmittag ist es hier zu heftigen Zusammenstößen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen gekommen. Nach Mitteilung der Rettungswachen sind bisher 6 Tote und 35 Verwundete zu verzeichnen. Die Bevölkerung, die in dichten Massen auf den Straßen ist, ist äußerst erregt.

Beim hessischen Staatspräsidenten.

Darmstadt, 8. April. Beim Staatspräsidenten Ulrich sprach gestern früh Oberst Wimpfen in Begleitung eines franz. Verbindungs-Offiziers vor u. teilte mit, daß er von der hohen Interalliierten Kommission in Koblenz beauftragt worden sei die Verbindung zwischen der hessischen Regierung, der Bevölkerung, den hiesigen Besatzungstruppen, dem franz. Oberkommando in Mainz u. der hohen Kommission in Koblenz herzustellen. Der Staatspräsident wiederholte seinen bereits gestern ausgesprochenen Protest gegen die Besetzung, die er als ungültig und ungerecht betrachtete, da sie mit dem Friedensvertrag und dem Rheinlandschicksamen nicht vereinbar sei. Von Oberst Wimpfen wurde wiederholt angefragt, daß die hessische Regierung in ihrer Ansicht und im Verkehr mit den Reichsbehörden vollkommen frei u. unbehindert sei, daß die Besetzung von Darmstadt so bald als möglich eine wesentliche Verringerung erfahren, und daß nach Möglichkeit eine dem Zustande in den bisherigen Besatzungsgebieten entsprechende Lage geschaffen werden solle.

Die Frankfurter Zeitungen erscheinen wieder.

Frankfurt a. M. Den hiesigen Zeitungen ist das Erscheinen für heute früh wieder gestattet worden, unter der Voraussetzung, daß sie die gestrigen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten an der Titelseite drängen. Die Redaktionen sind jedoch für jeden Gehalt und für jede falsche Nachricht verantwortlich. Bei Zuwiderhandlungen sind hohe Geldstrafen evtl. Inhaftnahme der bet. Redakteure vorgesehen. Der Telegraphen- und Fernsprecheverkehr, der seit vorgestern früh vollständig gesperrt war, ist inzwischen wieder freigegeben worden, auch der Bahnverkehr vollständig seit gestern Abend wieder in normaler Weise.

Frankfurt a. M. Infolge der gestrigen Vorkommnisse forderte der Oberbürgermeister und der Polizeipräsident in Räumerschlägen die Bevölkerung auf, Ruhe und Besonnenheit zu bewahren, da der Stell. Kommandeur der Rhein-armee ausdrücklich erklärt habe, daß die Besetzung nur eine vorübergehende sei. Unbesonnenes Handeln würden nur zu einer Verlängerung der Besetzung führen.



Erklärung der Frankfurter Presse.
 Berlin. Nach dem Berliner Lokalanzeiger steht der Verein Frankfurter Presse in einer Resolution den gegenwärtigen Zustand Frankfurt als einen Bruch des Friedensvertrags an und lehnt es unter diesen Umständen ab, am Erscheinen der Zeitungen redaktionell mitzuwirken.

Keine Einmischung Belgiens.
 Brüssel. Den Vätern zufolge wird sich Belgien, falls keine Beweislagen in der gegenwärtigen Lage eintreten, von jeder militärischen Intervention fernhalten. Die Truppenbestände im besetzten Deutschland sind vervollständigt.

Streik der belgischen Metallarbeiter.
 Lüttich. Die Metallarbeiter sind getreten in den Streik getreten; der Streik scheint große Ausdehnung anzunehmen zu wollen. Es streiken bereits 10.000 Mann, die die Einführung des Achtstundentags verlangen.

Natürliches Wetter am Freitag und Samstag.
 Aufbesserung, bewölkt, zeitweise neblig.

Ämtliche Kurse
 mitgeteilt von der
 Bankfirma Haer & Glend, Karlsruhe i. B.

5% Kriegsanleihe	79 1/2	Wilhel. Gl. Anl.	445
4% Württemberg	92	Loth. Anl.	325
3% B. d. Rh. Anl.	50	Nordd. Anl.	204
3% B. d. Rh. Anl.	59	Preuss. Anl.	582
4% Bayern	90	B. d. Anst. u. S. d. Anl.	578
		Deutsche Reichsbank	499

Dausse Schweiz 100 Franken = 1120
 Holland 100 Gulden = 2350

Ämtliche Bekanntmachungen.

Betr. Ursprungszeugnisse für das zu Markt gebrachte Rind- und Schweinefleisch.
 Auf Grund des § 27, Abs. 4 der Minist. Verfügung vom 11. Juli 1912 (Reg. Bl. S. 293) wird angeordnet, daß bis auf Weiteres für alles zu Markt gebrachte Rindvieh (Rindvieh und Schweine) Ursprungszeugnisse (§ 28, 1) beigebracht werden müssen.
 Für Händler bleibt es bei den vorgeschriebenen Befundzeugnissen. 1613
 Nagold, den 7. April 1920. Oberamt: N. H. K.

Wandervorträge und Kurse über Ertrag- und Sparbauwesen insbesondere Lehmbau.
 Die Kurse dauern 3 Tage und werden in verschiedenen Oberamtsstädten abgehalten. 1612
 Näheres i. Bekanntmachung im Gewerbeblatt Nr. 14. Nagold, den 7. April 1920. Oberamt: N. H. K.

Satz.
 Am 2. März 1920 hat der Gemeinderat Satz beschlossen, die Hundsteuer von 8 Mk. auf 16 Mk. zu erhöhen und hat um die Genehmigung beim Ministerium und beim Württg. Oberamt nachgesucht. 1618
 Die Genehmigung ist nun am 3. April 1920 vom Ministerium des Innern und dem Württg. Oberamt ausgesprochen worden.
 Der Gemeinderat.

Gemeinde Gaugenwald.
 Am Samstag, den 10. April mittags 1 Uhr wird auf hiesigem Rathaus die Beifuhr von etwa 50 cbm Kalksteinen vergeben. 1608
 Gemeindevorstand.

Gemeinde Gältlingen.
Rubholz-Verkauf.
 Am Montag, den 19. April ds. Js. werden aus den Gemeindevorstellungen 100 Stck Küfer-, Bau- und Wagner-Eichen mit zusammen 50 Festm., darunter 20 Stck mit über 30 cm mittlerer Durchmesser verkauft.
 Abgang nachmittags 1 Uhr vom Rathaus aus. Den 7. April 1920. 1617
 Waldmeisteramt.

Württ. Forstamt Nittenfels.
Holzverkauf.
 Am Montag, den 12. April 1920 nachmittags 3 1/2 Uhr werden in der "Linde" in Schönbrenn aus Staatwald 1. 13 Tsch. 88 Bauhölzer, 143 Hagstangen, 144 Hopfenstangen und 54 Stck. hohle Nadelholz verkauft. 1610
 Fri. Keppler.

Magermilk-Abgabe
 je Donnerstag u. Montag abends 7 Uhr. 1610
 Fri. Keppler.

Turnverein Nagold.
 Freitag abends 1920 Monatsversammlung im "Löwen".
 Zahlr. Erscheinen erwünscht. Nagold.

Leg-Hühner
 sucht zu kaufen. 1609
 A. Köcher, Dessfabrik Nagold. Telefon 8.

Emmingen-Brondorf.
Hochzeits-Einladung.
 Wir beehren uns hiermit, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Dienstag, den 13. April 1920 stattfindenden Hochzeitsfeier in das Gasthaus zum "Adler" in Brondorf freundlichst einzuladen.
Jakob Schächlinger & **Margarete Gulekunst**
 Schloffer, Sohn des Tochter des
 Weichens B. Schächlinger Peter Gulekunst
 Emmingen. Schreiner in Brondorf.
 1578 Kirchgang um 1/2 12 Uhr.
 Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegenzunehmen.

Jüngeres 1616
Fräulein
 gewandt in Stenographie und Maschinenschreiben, auch sonstigen Büroarbeiten,
sucht Stelle als Kontoristin
 auf 1. Mai.
 Angebote erbeten an H. Ritter, Gchingen b. Calw.

Der Schwäbische Bund
 Eine Monatschrift aus Oberdeutschland
 Herausgeber: Hans Heinrich Ehrler, Hermann Wisenbarger, Dr. Georg Schmölke
 In den ersten Hefen erscheinen Beiträge u. a. von: Emil Ermatinger, Wilhelm Fischer (Graz), J. E. Heer, Herm. Hesse, Wtr. Huggenberger, S. E. Kurz, Heint. Wittenstein, Dr. Dörlach, Jakob Schaffner, Anna Schieber, Benno Nüttenauer, Wlth. Schuffen, Emil Strauß, Auguste Supper, Wilhelm Weigand
 Ferner bringt die Monatschrift Beiträge über: Zeitfragen, Biographisches, Kulturgeschichte, Literaturgeschichte, Bildende Kunst, Musik, Naturwissenschaften, Volkswirtschaft, Volkskunde
 Monatlich ein Heft von etwa 100 Seiten Gr.-Oktav. 6 Blätter. Vierteljährl. M. 6.—, Einzelheft M. 2,50
 Zu beziehen durch:
 G. W. Jaiser, Buchhandlung Nagold.

Obst-Most
 zu kaufen gesucht.
 Off. mit Preisangabe unter No. 1582 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Kranken Frauen
 und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Blutarmut, Weissfluss) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erb.
 Frau Berta Koopmann VI Berlin W. 35 Potsdamerstr. 104.

Frauen
 Mollers Tropfen
 Hil. Rauh
 "Medico"
 Nürnberg
 Xantenerstr. 47.

Anklebaddressen
 mit Firmenaufdruck bei G. W. Jaiser, Nagold.

Obst-Most
 Nagold. 1369
 Für Bandsägenbesitzer!
 Ich übernehme das Feilen, Schränken, Löten der Bands. unter Garantie für scharfen Schnitt.
 G. Rilling.
 Ein Paar neue 1619

Rohrstiefel
 doppelseitig, Größe 41 hat preiswert zu verkaufen.
 Wo ist? Datt, Kettenmacher Nagold, b. Oberamt.

Fahr-Rad
 wie neu, mit Freilauf, Mantel und Schläuche, Federstange.
 Gottlob Schüle, Nagold.

Gegen Katarthe
Emser Wasser

Geistlicher Lieder-Abend
 zum Besten des Alters- und Versorgungs-Heims „Pilgerruhe“ in Nagold
 in der Kapelle der Methodistengemeinde Kirchstr.
 Donnerstag abend 8 Uhr.
 Mitwirkende:
 Fräulein Elise Rüder, Karlsruhe (Sopran);
 Fräulein Fanny Jahnke, Nagold (Alt);
 Herr Otto Ochs, Karlsruhe (Tenor);
 Herr Prediger August Rüder, Karlsruhe (Bass);
 Herr Hermann Achenbach, Nagold (Bariton und Violine);
 Fräulein Marie Rüder, Karlsruhe (Cymbalum oder Klavierbegleitung);
 Herr Inspektor Karl Jahnke, Nagold (Ansprache).
 Eintritt Eine Mark. 1600

Oberschwandorf, 8. April 1920.
Danksgiving.
 Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, welche wir bei dem unerwarteten raschen Hinscheiden unserer treu geliebten unvergesslichen einzigen Tochter, Enkelin, Nichte und Braut
Nane
 erfahren durften, für die gute aufopfernde Pflege der Frä. Nane und Schwester des Bürgerhospitals Stuttgart, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Geistlichen am Grabe, den schönen Gesang der Schüler und Jungfrauen, für die vielen Kranzspenden auch von Seiten ihrer Altersgenossen, sowie die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte von hier u. anderswärts sagen wir unseren innigsten Dank.
 In tiefer Trauer:
 der Vater: Jakob Hölzle u. Löwen,
 die Mutter: Gottliebin Hölzle, geb. Keppler,
 der Großvater: Friedrich Keppler, alt Obervogel,
 der Bräutigam: Paul Baner, Stuttgart.

Effringen. 1603
Danksgiving.
 Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme, die wir beim Tode unserer guten Mutter, Schwester Schwägerin und Tante
Katharine Koller
 geb. Junger
 von allen Seiten in so reichem Maße erfahren durften, sagen wir unseren herzlichsten Dank.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
 Die Töchter:
 Barbara und Katharine.

Sägerstelle-Gesuch.
 Tüchtiger wech. Säger sucht sofort oder später Stellung als erster oder Oberläger in kleinerem Sägewerk.
 Offerte sind zu richten unter Nr. 1581 an die Red. d. Bl.
 Wildberg. 1614

Gesucht
 auf 1. Mai in gutes Haus treues, fröhliches Mädchen,
 welches das Kochen erlernen kann. Mühl- oder Schrotl. Angebote mit Lohnansprüchen an Frau Zahnarzt Waldschmidt 1601
 Bfrozheim
 Döhl, Carl-Friedrich-Str. 37. Ca. 5 Zit. 1608

Schwaren
 in kräftiger pikantierter Ware sind fortwährend zu haben bei Friedrich Casp. 1607